

Antrag Res-02
Jusos Bezirk Hannover**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme**Für Demokratie und Freiheit – Solidarität mit der türkischen Opposition**

1 Als Sozialdemokratie zeigen uns solidarisch mit al-
2 len Menschen in der Türkei, die sich mutig ge-
3 gen autoritäre Unterdrückung stellen. Dazu zählen
4 vor allem unsere Schwesterpartei CHP (Cumhuriyet
5 Halk Partisi, deutsch: Republikanische Volkspartei),
6 die demokratische Opposition, unabhängige Jour-
7 nalist*innen sowie zahlreiche zivilgesellschaftliche
8 Organisationen, die sich trotz massiver staatlicher
9 Repression für eine offene, freie Gesellschaft einset-
10 zen.

11 Der jüngste Angriff auf demokratische Grundrech-
12 te ist die politisch motivierte Inhaftierung des Is-
13 tanbuler Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu.
14 Die Verhaftung aufgrund fadenscheiniger Vorwür-
15 fe und die direkt darauf folgende Amtsenthebung,
16 ohne dass ein Urteil in Sicht ist, ist offenkundig
17 kein rechtsstaatlicher Akt, sondern Teil einer Strate-
18 gie, politische Gegner*innen gezielt aus dem Weg
19 zu räumen – insbesondere solche, die dem amtie-
20 renden Präsidenten bei zukünftigen Wahlen gefähr-
21 lich werden könnten. Schon als İmamoğlu 2019
22 zum Oberbürgermeister gewählt wurde, hat das
23 Erdoğan-Regime diese Wahl nicht akzeptieren wol-
24 len und kurzerhand annullieren lassen. Doch auch
25 die Wahlwiederholung gewann İmamoğlu - so-
26 gar mit einem noch größeren Vorsprung gegenüber
27 Erdoğan's AK-Partei (Adalet ve Kalkınma Partisi,
28 deutsch: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung)
29 als zuvor, ein Beweis für die demokratische Selbst-
30 behauptung der Istanbul Stadtgesellschaft.

31 Doch die Inhaftierung İmamoğlus ist nur die pro-
32 minente Spitze des Eisbergs. Denn gleichzeitig be-
33 obachten wir mit großer Sorge, wie über 100 weitere
34 Menschen, darunter oppositionelle Politiker*innen
35 und Journalist*innen, inhaftiert wurden. Der Ver-
36 such, İmamoğlu durch den Entzug seiner Hoch-
37 schulabschlüsse zusätzlich zu diskreditieren, zeigt,
38 wie weit die Regierung bereit ist zu gehen, um
39 unliebsame Stimmen mundtot zu machen. Zudem
40 wurde bereits vor der jüngsten Verhaftungswelle
41 immer wieder mit staatlicher Repression gegen die
42 demokratische Opposition vorgegangen. So nutz-
43 te Präsident Erdoğan den gescheiterten Putschver-
44 suchs von Teilen des Militärs 2016 bereits als Vor-

wand, um zahlreiche politisch motivierte Verhaftungen vorzunehmen, beispielsweise zahlreiche Abgeordnete der linken HDP einschließlich ihres Vorsitzenden, Selahattin Demirtaş. Im Fall Demirtaş hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bereits 2020 geurteilt, dass es sich um eine politische Inhaftierung handelt und Demirtaş freizulassen ist. Dieses Urteil wird von der türkischen Regierung trotz Mitgliedschaft im Europarat ignoriert. Durch das Ausschalten politischer Konkurrenz werden Wahlen zunehmend zu einer reinen Inszenierung von Legitimation für den amtierenden Staatspräsidenten. Gleichzeitig hat Erdoğan die Justiz mit zahlreichen Anhänger*innen besetzt und seine Kompetenzen durch die Verfassungsreform 2017 mit knapper Mehrheit massiv ausgeweitet, sodass eine echte demokratische Kontrolle innerhalb des Systems kaum mehr möglich ist.

Doch trotz Einschüchterung, Überwachung und willkürlicher Gewalt lässt sich die demokratische Bewegung in der Türkei nicht unterkriegen. Gerade junge Menschen, Studierende und Aktivist*innen kämpfen für ein Land, in dem Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit gelebte Realität sind.

Als Sozialdemokratie stehen fest an der Seite aller, die für Demokratie streiten – sei es in der Türkei oder anderswo. Dieser Kampf kennt keine Grenzen!

73

Wir fordern:

1. Die sofortige Freilassung von Ekrem İmamoğlu sowie aller weiteren inhaftierten Oppositionellen und Aktivist*innen. Politische Verfolgung darf keinen Platz in einem demokratischen System haben. Auch die Prozesse gegen Personen wie Osman Kavala und Selahattin Demirtaş müssen endlich beendet werden. Alle Personen, die während der Proteste gegen die Verhaftung İmamoğlus verhaftet worden sind, haben von ihren demokratischen Rechten Gebrauch gemacht und sind unverzüglich freizulassen.

2. Die Rückgabe der Universitätsabschlüsse

Durch den willkürlichen Entzug von Universitätsabschlüssen zerstört die türkische Regierung Existenzen, nicht nur von Politiker*innen, sondern auch von kritischen Stimmen aus der Zivilgesellschaft, beispielsweise an Universitäten. Die Betroffenen müssen ihre Abschlüsse daher umgehend wieder zurückerhalten und diese willkürliche Maßnahme in

94 Zukunft unterbleiben.

95 **3. Eine klare und kritische Haltung der Bundesregie-**
96 **rung sowie der SPD gegenüber der türkischen Regie-**
97 **rung.**

98 Diplomatische Zurückhaltung darf nicht dazu füh-
99 ren, dass Menschenrechtsverletzungen hingenom-
100 men werden. Außenpolitik muss wertegeleitet sein.

101 **4. Mehr Schutz und Unterstützung für bedrohte Ak-**
102 **tivist*innen aus der Türkei.**

103 Deutschland und die EU müssen verfolgten Journa-
104 list*innen, Oppositionellen und Studierenden Auf-
105 nahme und Schutz gewähren.

106 **5. Stärkere Zusammenarbeit mit demokratischen**
107 **Kräften vor Ort.**

108 Wir setzen uns für mehr Austausch mit kommuna-
109 len Verwaltungen wie beispielsweise der Stadt Is-
110 tanbul, zivilgesellschaftlichen Organisationen und
111 Jugendinitiativen in der Türkei ein.

112 Die Menschen in der Türkei kämpfen unter schwie-
113 rigen Bedingungen für Freiheit und Demokratie. Ih-
114 re Stimme darf nicht ungehört bleiben. Als SPD be-
115 kennen wir uns dazu, diesen Kampf sichtbar zu un-
116 terstützen – mit klaren Worten, konkreten Maßnah-
117 men und gelebter internationaler Solidarität.